

II. Nichtöffentlicher Teil:

1. ~~Beratung: Benennung der Gleichstellungsbeauftragten des Landkreises Oder-Spree
Vorlage: 023/2020~~
2. ~~Beratung: Benennung Senioren-/Behinderten-/Integrationsbeauftragte/r des Landkreises Oder-Spree, Vorlage: 024/2020~~
3. Kreisausschuss als Vergabeausschuss
- 3.1. Vergabeentscheidung: Planungsleistungen Radwege "Oder-Spree" und "Tour Brandenburg"

I. Öffentlicher Teil:

Zu TOP 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, Herr Lindemann, eröffnet den öffentlichen Teil der 5. Sitzung des Kreisausschusses und begrüßt alle Anwesenden. Die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

zur Kenntnis genommen

Zu TOP 2 Bestätigung der Tagesordnung

Herr Lindemann weist darauf hin, dass die Tagesordnung aufgrund der außergewöhnlichen, dynamisch fortschreitenden Corona-Krise und der sich ständig ändernden Rechtslage abgeändert werden muss.

Er informiert über die aktuelle Situation im Landkreis und die in Kraft getretene Verordnung, die zu drastischen Einschränkungen sämtlicher Versammlungsformen führen werde. Jedoch müsse die öffentliche Verwaltung arbeitsfähig erhalten bleiben, um gerade in der Krisensituation für die Bürger da zu sein und die notwendige Daseinsvorsorge sicherzustellen.

In dieser Sitzung müsse beschlossen werden, wie sich das Befassungsrecht des Kreistages gestalte. Hauptamtliche und ehrenamtliche Entscheidungsstrukturen müssen sinnvoll koordiniert vorgehen, Beschlüsse seien Grundlage für das Verwaltungshandeln.

Wichtiger Punkt in dieser Sitzung des Kreisausschusses sei die Beschlussfassung über den Haushalt, der die Grundlage für das Handeln der Verwaltung darstelle.

Wegen der gesetzlichen Vorschriften und des sprunghaften Anstiegs der Infektionen sei die Teilnahme der Abgeordneten an der geplanten Kreistagssitzung nicht gewährleistet. Der demokratische Entscheidungsprozess stehe jedoch unter dem Prinzip der Öffentlichkeit.

Er schlage vor, bis auf weiteres auf Gremiensitzungen zu verzichten, was der gängigen Praxis im Land entspreche. Es müsse eine Absicherung des Verwaltungshandelns bis zur nächstmöglichen Kreistagssitzung gewährleistet werden.

Die nicht zwingend erforderlich zu beratenden Tagesordnungspunkte sollten abgesetzt und auf eine Kreisausschusssitzung vor der nächstmöglichen Kreistagssitzung verschoben werden.

Laut Prognose könnten die Sitzungen im Sommer nachgeholt werden.

Abzusetzen wären somit die Tagesordnungspunkte 5, 6, 7, 11, 12, 13 des öffentlichen Teils und 1, 2 des nichtöffentlichen Teils dieser Sitzung.

Weitere künftige Verfahren über Vergaben wären mittels Eilbeschluss vorübergehend zu entscheiden und würden den Abgeordneten zur Genehmigung vorgelegt werden.

Die Verwaltungsleitung würde bei einstimmigem Votum der anwesenden Mitglieder des Kreisausschusses unter Inanspruchnahme des Grundsatzes von Treu und Glauben und in der Erwartung, zustimmende Beschlüsse in der nächsten Kreistagssitzung zu bekommen, in das Risiko einer gleichwohl pragmatischen Haushaltsführung gehen. Somit würden formal notwendige Beschlüsse nachgeholt werden.

Das rechtliche Risiko, dass zur Bewirtschaftung des Haushaltes ein formal ordnungsgemäß gefasster Beschluss zu Grunde liegen muss, sei durch die Situation mit notstandsähnlichem Charakter begründet.

Herr Lindemann weist weiter darauf hin, dass die Verwaltung bei vorliegenden Bedenken darauf angewiesen sei, auf unbestimmte Zeit mit der vorläufigen Haushaltsführung fortzufahren, um lediglich die durch Verträge bzw. Gesetze und die Beschlüsse des Kreistages vorgezeichnete Aufgabenerfüllung zu gewährleisten. Der Nachteil wäre, dass die Wirtschaft nicht nur durch fehlende Baubeschlüsse belastet sein würde, sondern auch durch eine nur sehr eingeschränkte Haushaltswirtschaft.

Herr Buhrke ergänzt und verweist auf die vorliegende geänderte Beschlussvorlage zur Haushaltssatzung. Wenn ein Konsens gefunden werde, welcher Haushalt dann im künftigen Kreistag beschlossen werden soll, dann sollte das der Gegenstand der Verabredung sein. Somit werde das Ergebnis der Beratung aus den Fachausschüssen aufgenommen, die Kreisumlage um 1 % zu senken. Ohne Beschluss des Kreistages gäbe es keinen gültigen Haushalt. Bis zu diesem Zeitpunkt werde mit der vorläufigen Haushaltsführung gearbeitet. Die Hebesatzabsenkung könne ohne Beschluss nicht vorgezogen, den Gemeinden aber mitgeteilt werden, dass dies in den Bescheiden (nach Beschlussfassung) rückwirkend zu Grunde gelegt werde. Das Verfahren sei von der Kommunalverfassung so vorgesehen und einzuhalten.

Herr Dr. Pech bezieht sich auf die Diskussion und Abstimmung im Haushaltsausschuss am 16.03.2020, die mit der jetzt vorliegenden geänderten Beschlussvorlage nicht übereinstimme. Es sei eine Abstimmung über 38 % erfolgt und man möge überprüfen, ob die Möglichkeit bestünde, auch mit 37 % zurechtzukommen. Unter Berücksichtigung auf die bisherigen Ausführungen solle der Haushalt so gestaltet werden, dass im Zweifel mit dem Ergebnis umgegangen werden kann, weil im Nachgang das Rad nicht zurückgedreht werden könne. Die Herangehensweise sollte sein, dass der Kreisausschuss seine Zustimmung für die Durchführung des Haushaltes in dem Sinne gebe, dass die Dinge die absehbaren Diskussionsbedarf haben, bis zur Beschlussfassung über den Haushalt offen bleiben.

Herr Buhrke nimmt gleichfalls Bezug auf die Diskussion im Haushaltsausschuss. Ihm wäre der Eindruck entstanden, dass diskutiert worden sei, wie man mit der geänderten Situation umgehen könne. Wenn man diese Anregungen aufnehmen wolle, müsse die geänderte Vorlage beschlossen werden, da ansonsten der vorgelegte Haushalt einen Hebesatz von 38 % zulasse. Das widerspreche den Beratungen in den Fachausschüssen. Die Situation müsse den Gemeinden gegenüber erklärt und eine Spitzabrechnung vorgelegt werden.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung, die Tagesordnungspunkte 4, 8, 9, 10 des öffentlichen Teils und den Tagesordnungspunkt 3 des nichtöffentlichen Teils auf der Tagesordnung zu belassen.

einstimmig zugestimmt

**Zu TOP 3 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 29.01.2020
- öffentlicher Teil**

Es werden keine Anmerkungen oder Fragen vorgetragen, um Abstimmung wird gebeten.

einstimmig zugestimmt
Enthaltung 1

Zu TOP 4 Beratung: Entwurf Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2020, Vorlage: 017/2020, geänderte BV 017/2020/1

Der Vorsitzende bezieht sich auf die bisherigen Ausführungen und betont noch einmal, dass der Kämmerer und der Landrat einen einstimmigen Beschluss der Fraktionen benötigen, in der Erwartung, dass beim nächstmöglichen Termin einer Kreisausschuss- und Kreistagssitzung die formale Bestätigung nachgeholt wird.

Herr Dr. Stiller merkt an, dass der Fachausschuss Bildung, Kultur und Sport dem Entwurf zugestimmt habe. Es sei darauf hingewiesen worden, dass mit der Planung für die Schule in Erkner möglichst in diesem Jahr begonnen werden sollte, um bei der Vielzahl der Maßnahmen für Schulen/-umbauten voranzugehen.

Herr Lindemann fragt nach, um auch hierzu die Zustimmung vorliege und bittet anschließend um das Handzeichen.

einstimmig zugestimmt

Zu TOP 5 Beratung: 2. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung für den Landkreis Oder-Spree § 17 Kreissenorenbeirat, Beirat für Menschen mit Behinderung, Vorlage: 005/2020

Abgesetzt

Zu TOP 6 Beratung: 3. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung für den Landkreis Oder-Spree § 3 Einwohnerbeteiligung, Bürgerentscheid, Kinder- und Jugendbeauftragter, Vorlage: 008/2020

Abgesetzt

Zu TOP 7 Beratung: 1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Einzelheiten der förmlichen Einwohnerbeteiligung im Landkreis Oder-Spree (Einwohnerbeteiligungssatzung), Vorlage: 021/2020

Abgesetzt

Zu TOP 8 Beratung: Baubeschluss zum grundhaften Ausbau der K 6744 Abschnitt 020, OD Kolpin, Vorlage: 016/2020

Es werden keine Anmerkungen oder Fragen vorgetragen, um Abstimmung wird gebeten.

einstimmig zugestimmt

Zu TOP 9 Beratung: Baubeschluss zur Erneuerung der K 6715, Abschnitt 020, freie Strecke zwischen den Ortsteilen Leißnitz und Kummerow der Stadt Friedland (NL), Vorlage: 018/2020

Es werden keine Anmerkungen oder Fragen vorgetragen, um Abstimmung wird gebeten.

Mehrheitlich zugestimmt

Nein 1

Zu TOP 10 Beratung: Grundsatzbeschluss zur planerischen Vorbereitung des grundhaften Ausbaues der K 6726, Abschnitt 010, Ortsdurchfahrt (OD) Werder in der Gemeinde Tauche, Vorlage: 020/2020

Herr Dr. Stiller fragt nach, ob es bereits auch über eine andere Straße, hier: Ortsdurchfahrt Herzberg, mit dem Landesamt Straßen eine Verständigung gegeben habe und wie, wenn ja, das Ergebnis aussehe. Es wäre von Nutzen, wenn diese im Kreisstraßenbau Berücksichtigung finden würde.

Herr Gehm antwortet, dass seit geraumer Zeit Gespräche mit dem Landesbetrieb Straßen für Anfang April terminiert seien, die u. a. die Strategie für die Straßen des Grünen Netzes beinhalten würden. Inwieweit unter der derzeitigen Situation die Gespräche stattfinden werden – evtl. auch als Telefonkonferenz – bleibe offen und er bittet um Geduld. Sobald Ergebnisse vorliegen, gebe er weitere Informationen.

Um Abstimmung wird gebeten.

einstimmig zugestimmt

Enthaltung 1

**Zu TOP 11 Beratung: Jugendförderplan 2020 bis 2023-Fortschreibung
Vorlage: 013/2020**

Abgesetzt

**Zu TOP 12 Beratung: Gebührensatzung der Volkshochschule des Landkreises
Oder-Spree, Vorlage: 019/2020**

Abgesetzt

Zu TOP 13 **Beratung: Vorschlag zur Berufung ehrenamtlicher Richter/innen für
das Sozialgericht Frankfurt (Oder), Vorlage: 022/2020**

Abgesetzt

Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und bittet, die Nichtöffentlichkeit herzustellen.

Rolf Lindemann
Vorsitzender des Kreisausschusses

Sina Ziesmer
Protokollantin